Friedhofsordnung
Satzung für die Friedhöfe der Gemeinde Eitorf
vom 26. Juli 1968
zuletzt geändert am 16.04.2008

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Die Friedhöfe im Gemeindegebiet sind Eigentum der Gemeinde Eitorf. Diese Friedhofssatzung gilt für alle im Gemeindegebiet gelegenen Friedhöfe.
- (2) Gesetzliche Bestimmungen über Kriegsgräber und Ehrenstätten bleiben hiervon unberührt.

§ 2

Friedhofszweck

Die Friedhöfe dienen als öffentliche Einrichtung der Beisetzung der in der Gemeinde Eitorf zur Zeit des Todes wohnhaften Personen. Zur Bestattung anderer Personen bedarf es der Genehmigung der Friedhofsverwaltung. Als andere Personen gelten diejenigen, die nicht oder seit Ablauf eines halben Jahres nicht mehr im Einwohnermeldeamt für das Gebiet der Gemeinde Eitorf gemeldet sind. Falls die Bestattung Auswärtiger in einer Berechtigungsurkunde für Wahlgräber schon vorher festgelegt wurde oder die Berechtigung an einem Wahlgrab anderweitig nachgewiesen werden kann, ist eine spätere zusätzliche Genehmigung nicht mehr erforderlich.

§ 3

Außerdienststellung und Entwidmung

- (1) Alle Friedhöfe, Friedhofsteile oder einzelne Grabstätten können aus wichtigem öffentlichem Grund durch Beschluss des Rates ganz oder teilweise außer Dienst gestellt oder entwidmet werden.
- (2) Durch die Außerdienststellung wird nur die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen; durch Entwidmung geht außerdem die Eigenschaft als Ruhestätte der Toten verloren.

Jede Außerdienststellung oder Entwidmung ist öffentlich bekannt zu machen; bei einzelnen Gräbern erhält ein Angehöriger bzw. der jeweilige Nutzungsberechtigte statt dessen einen schriftlichen Bescheid.

(3) Im Fall der Entwidmung sind die in Reihengräbern bzw. Urnenreihengräbern Beigesetzten für die restliche Ruhezeit, in Wahlgräbern bzw. Urnenwahlgräbern Beigesetzten für die restliche Nutzungszeit, auf Kosten der Gemeinde in andere Grabstätten umzubetten. Dies gilt auch im Falle der Außerdienststellung, soweit Umbettungen erforderlich werden. Für eine rechtzeitige Mitteilung des Umbettungstermins an einen Angehörigen ist Sorge zu tragen.

(4) Alle Ersatzgräber nach Abs. 3 sind von der Gemeinde Eitorf kostenfrei in ähnlicher Weise wie die früheren Grabstätten herzurichten. Die Ersatzwahlgräber werden Gegenstand des Nutzungsrechts.

§ 4

Friedhofsverwaltung

(1) Die Verwaltung der Friedhöfe und das Beerdigungswesen obliegen dem Bürgermeister.

(2) Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, die Beachtung allgemeiner Schutz und Ordnungsvorschriften zu überwachen.

II. Ordnungsvorschriften

§ 5

Öffnungszeiten

(1) Die Öffnungszeiten der Friedhöfe werden an den Eingängen durch Anschlag bekannt gegeben. Außerhalb dieser Zeiten darf niemand den Friedhof ohne die Zustimmung der Friedhofsverwaltung betreten.

(2) Der Bürgermeister kann aus besonderem Anlass das Betreten der Friedhöfe oder einzelner Teile vorübergehend untersagen.

§ 6

Verhalten auf den Friedhöfen

(1) Die Besucher haben sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Den Anordnungen des Aufsichtspersonals ist Folge zu leisten. Wer ihnen zuwider handelt, kann des Friedhofs verwiesen werden.

(2) Kinder unter 10 Jahren dürfen die Friedhöfe nur in Begleitung und unter Verantwortung Erwachsener betreten.

Innerhalb des Friedhofs ist es nicht gestattet:

- a) die Flächen außerhalb der Wege und Grabstätten unbefugt zu betreten,
- b) die Wege mit anderen Fahrzeugen als Kinderwagen, Krankenfahrstühlen und dergleichen zu befahren, so weit im Einzelfall und für die auf dem Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden nicht eine Ausnahmegenehmigung erteilt ist,
- c) Abraum außerhalb der dafür vorgesehenen Einrichtungen und Plätze abzulegen,
- d) Druckschriften zu verteilen, Waren aller Art sowie gewerbliche Dienste anzubieten,
- e) Hunde mitzubringen,
- f) gewerbsmäßig zu fotografieren.

Die Friedhofsverwaltung kann hiervon Ausnahmen zulassen.

(3) Auf den Friedhöfen der Gemeinde Eitorf ist die Verwendung von Kunststoffblumen, Grabgebinden aus Kunststoff, Kunststoffkränzen, Nylonfäden, Kunststoffkern von Kränzen sowie Kunststoffen bei Sargausstattungen verboten.

(4) Kränze, Blumen und Grabgebilde, die verbotene Kunststoffmaterialien enthalten, werden sofort zurückgewiesen. In Ausnahmefällen werden sie zur Trauerfeier zugelassen; danach müssen sie unverzüglich vom Friedhof entfernt werden. Anliefernde Gärtner bzw. Floristen haben sie wieder abzuholen.

§ 7

Gewerbliche Arbeiten

(1) Bildhauer, Steinmetze, Gärtner und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für ihre gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof einer Zulassung, über die auf Antrag bei der Friedhofsverwaltung eine Zeitkarte ausgestellt wird.

(2) Diese Zulassungskarte kann durch die Friedhofsverwaltung eingezogen werden, wenn der Gewerbetreibende die Vorschriften dieser Friedhofsordnung oder Anordnungen

gen der Friedhofsverwaltung nicht befolgt und diesen nach Aufforderung nicht nachkommt.

Damit ist ihm die weitere Ausübung einer gewerblichen Arbeit oder die Fortführung einer schon begonnenen Arbeit innerhalb der im Eigentum der Gemeinde stehenden Friedhöfe mit sofortiger Wirkung allgemein oder ggf. für einen Einzelfall untersagt.

(3) Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.

(4) Die Gewerbetreibenden dürfen Arbeiten auf den Friedhöfen außerhalb der Besuchszeiten (vgl. § 5) nicht verrichten. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen. An Sonn- und Feiertagen sind jegliche Arbeiten verboten.

(5) Zur Arbeitsausführung ist den Gewerbetreibenden gestattet, die befestigten Wege der Friedhöfe mit geeigneten Arbeitsfahrzeugen (mit Ausnahme von Motorrädern) zu befahren. Bei Zweifeln über die Eignung entscheidet die Friedhofsverwaltung. Für Schäden an Wegen oder Anlagen hat der Fahrzeughalter aufzukommen. Bei Tau- oder Regenwetter kann die Friedhofsverwaltung das Befahren der Wege untersagen.

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 8

Allgemeines

(1) Die vom Standesamt ausgestellte Sterbebescheinigung ist der Friedhofsverwaltung unverzüglich zwecks Festlegung der Grabstelle und des Begräbnistermins vorzulegen.

(2) Eine Urnenbeisetzung ist bei der Friedhofsverwaltung rechtzeitig anzumelden. Dabei sind die Sterbebescheinigung des Standesamtes und die Bescheinigung über die Einnäscherung vorzulegen.

(3) Die Friedhofsverwaltung setzt nach Anhörung der Geistlichkeit Ort und Zeit der Bestattung fest; hierbei werden die Wünsche aller Beteiligten nach Möglichkeit berücksichtigt. An Sonn- und Feiertagen können Bestattungen nur in besonders dringenden Ausnahmefällen vorgenommen werden. Hierüber entscheidet die Friedhofsverwaltung.

§ 9

Ruhefrist

Die Ruhefristen bis zur Wiederbelegung einer Grabstätte auf allen Friedhöfen der Gemeinde Eitorf betragen 30 Jahre, für Kinder unter 5 Jahren 20 Jahre.

§ 10

Herrichten der Gräber, Grabtiefe

- (1) Die Gräber werden durch das Friedhofspersonal ausgehoben und wieder zugefüllt.
- (2) Grabschmückungen müssen spätestens 1 Stunde vor der Beisetzung ausgeführt sein.
- (3) Jedes Grab muss eine angemessene Tiefe haben. Den Grabhügel nicht mitgerechnet, muss die obere Kante des Sargdeckels mindestens 0,90 m unter der Erdoberfläche liegen. Bei Kindern unter 5 Jahren muss die Tiefe des Grabes bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,70 m betragen. Aschenurnen müssen, von der Oberkante der Urne gerechnet, mindestens 0,50 m unter der Erdoberfläche liegen.
- (4) Die einzelnen Gräber müssen durch eine aufrecht stehende, mindestens 0,30 m starke Erdwand voneinander getrennt sein. Es ist untersagt, Gräber zu untermauern, und Grabgewölbe zu errichten.

§ 11

Särge und Urnen

- (1) Mit Rücksicht auf die Ruhefrist dürfen Urnen, Särge und Sargeinsätze nicht aus Metall oder schwer zersetzbarem Kunststoff hergestellt sein.
- (2) Die Särge sollen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und Mittelmaß 0,65 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.

§ 12

Belegung der Gräber

Bei Erdbestattungen darf in jeder Grabstelle nur jeweils eine Leiche beigesetzt werden. Es kann jedoch gestattet werden, eine Mutter mit einem gleichzeitig verstorbenen neugeborenen Kind in einer Grabstelle zu bestatten; das gleiche gilt für gleichzeitig verstorbene, verwandte Kinder bis zu 3 Jahren.

§ 13

Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Ausgrabungen oder Umbettungen von Leichen vor Ablauf der Ruhefrist bedürfen, soweit sie nicht auf Anordnung einer zuständigen Behörde erfolgen, der Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen

Grundes erteilt werden. In den ersten 8 Jahren der Ruhezeit sind Umbettungen nur aus zwingen den Gründen zulässig. Eine vorherige Stellungnahme des Gesundheitsamtes ist einzuholen.

(3) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen oder Aschenreste können mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung auch in belegte Grabstätten aller Art umgebettet werden.

(4) Alle Umbettungen erfolgen nur auf Antrag und werden von der Friedhofsverwaltung angeordnet. Sie bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung.

(5) Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung zwangsläufig entstehen, haben die Antragsteller zu tragen.

(6) Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.

(7) Das Ausgraben von Leichen und Aschen zu anderen als zu Umbettungszwecken bedarf einer behördlichen oder richterlichen Genehmigung.

(8) Umbettungen aus einer Reihengrabstätte in eine andere Reihengrabstätte werden grundsätzlich nicht gestattet. Für Wahlgräber und Urnenwahlgräber gilt entsprechend § 13 (2) der Friedhofsordnung.

(9) In der Zeit vom 1. Mai bis 30. September werden keine Umbettungen oder Ausgrabungen vorgenommen. Ausnahmen bilden Anordnungen nach Abs. 7.

(10) Bei Umbettungen von oder nach anderen Friedhöfen ist die Verordnung über das Leichenwesen in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

IV. Grabstätten

§ 14

Rechtsverhältnisse und Einteilung

(1) Sämtliche Grabstätten bleiben Eigentum der Gemeinde Eitorf. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.

(2) Die Gräber werden eingeteilt in:

A. Reihengräber,

B. Wahlgräber,

C. Urnengräber.

D. Beisetzungsstätten im Begräbniswald

A. Reihengräber

§ 15

Allgemeines

(1) Reihengräber sind Grabstellen, die von der Friedhofsverwaltung ohne Auswahlmöglichkeit für die Dauer der Ruhefrist nach § 9 zugewiesen werden. Reihengräber werden erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des Verstorbenen abgegeben. Eine Verlängerung der Ruhefrist oder ein Wiedererwerb von Reihengräbern ist nicht möglich.

(2) Urnen mit den Aschen naher Angehöriger im Sinne von § 17 Abs. 4 dürfen in belegten Reihengräbern für Erdbestattungen beigesetzt werden, sofern die restliche Ruhezeit für das Grab noch mindestens 20 Jahre beträgt.

In einem belegten Reihengrab darf jeweils nur eine Urne, in einem unbelegten dürfen jeweils 2 Urnen aufgenommen werden.

§ 16

Abmessungen der Reihengräber

(1) Es werden eingerichtet:

Reihengrabfelder für Kinder unter 5 Jahren;
Reihengrabfelder für Personen über 5 Jahren.

(2) Die Gräber haben in der Regel folgende Maße:

a) Reihengräber für Kinder bis zu 5 Jahren
Länge: 1,20 m, Breite: 0,60 m.

b) Reihengräber für Personen über 5 Jahren
Länge: 2,10 m, Breite: 0,90 m.

B. Wahlgräber

§ 17

Allgemeines

(1) Wahlgrabstätten sind solche Grabstätten, an denen auf Antrag gegen Zahlung der in der jeweiligen Gebührenordnung genannten Gebühr ein Nutzungsrecht für die Dauer

von 40 Jahren verliehen wird. Ein solcher Erwerb ist nur bei Eintritt eines Sterbefalles möglich. Über den Erwerb des Nutzungsrechtes wird eine Urkunde ausgestellt. Es entsteht nach Zahlung der fälligen Gebühr mit Aushändigung der Verleihungsurkunde. Ein Anspruch auf Verleihung dieses Rechtes oder auf Zuteilung einer bestimmten Grabstätte oder auf die Unveränderlichkeit der Grabstättenumgebung besteht nicht.

(2) Während der Laufzeit eines Nutzungsrechtes kann eine Beisetzung nur stattfinden, wenn die für den jeweiligen Friedhof gültige Ruhefrist die Nutzungsdauer nicht übersteigt oder das Nutzungsrecht bis zum Ablauf der Ruhefrist durch Erwerb verlängert wird.

(3) Der Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes ist nur auf Antrag und nur für die gesamte Wahlgrabstätte möglich. Ein Wiedererwerb des 40jährigen Nutzungsrechtes an Wahlgrabstätten findet nur statt, wenn anderweitige ausreichende Belegungsmöglichkeiten auf dem Friedhof vorhanden sind und die allgemeine Friedhofsgestaltung dadurch nicht beeinträchtigt wird. Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, zur rechtzeitigen Stellung des Erneuerungsantrages aufzufordern.

(4) Bis zu 3 Grabstätten können als Wahlgrabstätten vergeben werden. Ausnahmen hiervon sind in begründeten Fällen möglich, wenn z.B. zwischen den Erwerbern nur ein geringer Altersunterschied besteht. In den Wahlgrabstätten können der Erwerber und seine Angehörigen bestattet werden. Die Bestattung anderer Personen bedarf der Genehmigung der Friedhofsverwaltung.

Als Angehörige gelten:

- a) Ehegatten,
- b) Verwandte auf- und absteigender Linie, Adoptivkinder, Geschwister,
- c) die Ehegatten der unter b) bezeichneten Personen.

(5) Urnen dürfen in belegten Wahlgrabstätten für Erdbestattung im Rahmen der Vorschrift des Abs. 2 beigesetzt werden, wenn es sich um Angehörige im Sinne des Abs. 4 handelt. In eine Wahlgrabstätte dürfen nicht mehr als 2 Urnen aufgenommen werden.

§ 18

Übertragung und Rechtsnachfolge

(1) Die Übertragung und Abtretung des Nutzungsrechtes an Wahlgrabstätten auf dritte Personen ist ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung unzulässig.

(2) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechtes soll der Erwerber für den Fall seines Ablebens aus dem im Abs. 2 genannten Personenkreis seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch einen Vertrag übertragen, der erst im Zeitpunkt des Todes wirksam wird.

Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten über:

- a) auf den überlebenden Ehegatten und zwar auch dann, wenn Kinder aus einer früheren Ehe vorhanden sind,
- b) auf die ehelichen und unehelichen Kinder,
- c) auf die Adoptiv- und Stiefkinder,
- d) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter und Mütter,
- e) auf die Eltern,
- f) auf die vollbürtigen Geschwister,
- g) auf die Stiefgeschwister,
- h) auf die nicht unter a) und d) fallenden Erben.

Innerhalb der einzelnen Gruppen der Buchstaben b) bis d) und f) bis h) wird der Älteste Nutzungsberechtigter.

(3) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht nur auf eine Person aus dem Kreis des Abs. 2 Satz 2 übertragen; er bedarf dazu der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

(4) Jeder Rechtsnachfolger hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen.

§ 19

Rechte und Pflichten des Nutzungsberechtigten

(1) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofsordnung das Recht, in der Wahlgrabstätte beigesetzt zu werden, sowie bei Eintritt eines Bestattungsfalles über andere Beisetzungen und über die Art der Gestaltung und der Pflege der Grabstätte zu entscheiden.

(2) Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und zur Pflege der Grabstätte.

§ 20

Zurücknahme des Nutzungsrechtes

(1) Erworbene Nutzungsrechte werden grundsätzlich nicht zurückgenommen.

(2) Auf Antrag kann die Friedhofsverwaltung aus triftigen Gründen Ausnahmen bei unbenutzten Wahlgrabstätten zulassen, insbesondere bei:

- a) dauernder Verlegung des Wohnsitzes nach auswärts;
- b) Erwerb des Nutzungsrechtes an einer größeren Wahlgrabstätte;
- c) völliger Verarmung.

Die Erstattung der Nutzungsgebühren richtet sich nach den Bestimmungen der Friedhofsgebührenordnung.

§ 21

Abmessungen der Wahlgrabstätten

Wahlgrabstätten haben in der Regel folgende Maße:

Bei einer Grabstätte: Länge 2,30 m, Breite 1,10 m;

bei zwei Grabstätten: Länge 2,30 m, Breite 2,20 m;

bei drei Grabstätten: Länge 2,30 m, Breite 3,30 m.

C. Urnengräber

§ 22

Allgemeines

(1) Aschen dürfen beigesetzt werden in

- a) Urnenreihengräbern
- b) Urnenwahlgräbern
- c) Reihen- oder Wahlgräbern für Erdbestattung (vgl. § 15 Abs. 2 u. § 17 Abs. 5).

(2) Aschen werden in einem fest verschlossenen Behälter beigesetzt. Die Bestattung ist nur unterirdisch erlaubt. Hierbei muss die Oberkante der Urne 0,50 m unter der Erdoberfläche liegen.

(3) Die Vorschriften für die Reihen- und Wahlgräber gelten, soweit nicht anders bestimmt, sinngemäß auch für Urnengräber.

§ 23

Nutzungszeit

(1) Die Nutzungszeit an Wahlgrabstätten in Urnenfeldern entspricht der Nutzungszeit an Wahlgrabstätten bei Erdbestattung. Erfolgt eine Aschenbeisetzung in bereits belegten Reihen- oder Wahlgrabstätten für Erdbestattung (vgl. § 22 Abs. 1 Buchstabe c), so werden dadurch die Ruhezeiten der dort Beigesetzten nicht berührt.

(2) Nach Ablauf der Ruhefrist oder Nutzungszeit bei Reihen- oder Wahlgrabstätten hat die Friedhofsverwaltung das Recht, die Urne zu entfernen. Die Asche wird an geeigneter Stelle des Friedhofs in würdiger Weise der Erde übergeben. Art und Ort dieser Beisetzung bestimmt die Friedhofsverwaltung. Besondere Nachweise über den Verbleib werden nicht mehr geführt.

§ 24

Abmessung der Urnengräber

(1) Urnengräber (Urnenreihen- und Urnenwahlgräber) haben in der Regel folgende Maße:

Äußere Umrandung der Grabstätte:

Länge 1,00 m, Breite 0,60 m.

(2) Das Innenmaß richtet sich nach der Größe der Urne.

§ 24a

Beisetzung von Totenasche im Wurzelbereich von Bäumen (Begräbniswald)

(1) Die urnenlose Beisetzung von Totenasche im Wurzelbereich von Bäumen ist auf von der Friedhofsverwaltung dafür festgelegten Flächen möglich. Eine Beisetzung von bis zu vier Totenaschen je Baum ist möglich. Die Beisetzung erfolgt in der Form, dass die Asche in ein von der Friedhofsverwaltung vorbereitetes Erdloch eingestreut und dieses danach verschlossen wird. Eine Gestaltung, Bepflanzung oder die namentliche Kennzeichnung der Beisetzungsstätte ist ausgeschlossen. Außer während der Beisetzung darf Grabschmuck oder ähnliches nur an einer von der Friedhofsverwaltung festgelegten Stelle abgelegt werden.

- (2) Die Beisetzungen erfolgen auf Antrag des Bestattungspflichtigen. Die Beisetzungsstätte wird ausschließlich über einen von der Friedhofsverwaltung bereit gehaltenen Plan bezeichnet.
- (3) Für den Erwerb eines Familienbaumes mit vier Grabstellen wird eine Urkunde entsprechend § 17 Abs. 1 der Satzung ausgestellt. Im übrigen gelten hierfür die allgemeinen Bestimmungen für Urnenwahlgräber, für die übrigen Beisetzungen die Bestimmungen für Urnenreihengräber sinngemäß.

V. Gestaltung der Grabstätten

A. Allgemeine Gestaltungsgrundsätze

§ 25

Beachtung der Würde des Friedhofs

- (1) Grabstätten sind so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.
- (2) Friedhöfe können in Grabfelder mit und ohne Gestaltungsrichtlinien unterteilt werden. Grabfelder mit Gestaltungsrichtlinien sind in der Satzung über die Gestaltung von Gräbern und Grabzeichen im einzelnen festzulegen.
- (3) Wird eine Grabstätte nicht entsprechend diesem Erfordernis angelegt und unterhalten, kann die Friedhofsverwaltung, sofern nicht Gefahr im Verzuge liegt, dem Verantwortlichen hierzu schriftlich unter Hinweis auf die nachstehenden Rechtsfolgen eine angemessene Frist setzen.

Ist der Verantwortliche nicht oder nur unter Schwierigkeiten zu ermitteln, erfolgt die gleiche Aufforderung durch einmalige Bekanntmachung im Mitteilungsblatt der Gemeinde Eitorf und einem vierwöchigen Hinweis auf der Grabstätte.
- (4) Wird die Aufforderung nicht fristgerecht befolgt oder liegt Gefahr im Verzug vor, geschieht das weitere Vorgehen nach Maßgabe des jeweils gültigen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein Westfalen. In schwerwiegenden Fällen oder wenn der Verantwortliche nicht zu ermitteln ist, können Grabstätten ohne dass die Ruhezeit der Toten davon betroffen würde abgeräumt, eingeebnet und eingesät werden und kann bei Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten zusätzlich das Nutzungsrecht entschädigungslos entzogen werden.
- (5) Gegenstände, die von einer Grabstätte nach Maßgabe des Absatzes 4 entfernt worden sind, brauchen nicht länger als ein Jahr aufbewahrt zu werden.
- (6) Die abgeräumten Gegenstände können nach Ablauf eines Jahres auf Kosten des Verantwortlichen von der Verwahrungsstelle weggeschafft werden.

(7) Die Gemeinde ist zudem berechtigt, über die abgeräumten Gegenstände nach Ablauf des Verwahrungsjahres gegen angemessene Entschädigung unter Anrechnung der angefallenen Kosten frei zu verfügen.

§ 26

Verkehrssicherheit

(1) Grabstätten sind einschließlich des Grabmals und etwaiger sonstiger baulicher Anlagen verkehrssicher anzulegen und zu erhalten. Insbesondere dürfen durch ihren Zustand weder ihre Umgebung noch andere Grabstätten, Friedhofswege oder Personen beeinträchtigt oder gefährdet werden. Demgemäss sind Grabmale sowie etwaige sonstige baulichen Anlagen entsprechend den diesbezüglich allgemein anerkannten Regeln so aufzustellen, dass sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken.

(2) Werden durch den Zustand einer Grabstätte, insbesondere durch den Zustand des Grabbeetes, eines Grabmals oder einer sonstigen baulichen Anlage, ihre Umgebung, andere Grabstätten, Friedhofswege oder Personen gefährdet oder beeinträchtigt, muss der für die Unterhaltung der Grabstätte Verantwortliche sofort die erforderliche Abhilfe schaffen. Kommt er dieser Verpflichtung nicht oder nicht rechtzeitig nach, und ist Gefahr im Verzuge, gilt § 25 Absätze 4 und 5.

(3) Der für den Zustand der Grabstätte Verantwortliche haftet für jeden Schaden, den er durch schuldhafte Verletzung der in den vorstehenden Absätzen getroffenen Regelungen verursacht.

B. Grabmale

§ 27

Errichtung von Grabmalen

(1) Auf jeder Grabstätte darf nur ein Grabmal errichtet werden.

(2) In Friedhofsteilen, für die Gestaltungsrichtlinien gelten, sind die Bestimmungen der Satzung über die Gestaltung von Gräbern und Grabzeichen zu beachten.

(3) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Provisorische Grabmale sind zustimmungsbedürftig, sofern sie größer als 15 cm x 30 cm sind.

Nicht zustimmungsbedürftige provisorische Grabmale sind nur als naturlasierte Holztafeln oder Holzkreuze zulässig.

(4) Stehende Grabmale sollen in der Regel nicht höher als 1,20 m, liegende Grabmale nicht größer als 0,50 m x 0,50 m sein.

Es ist nicht gestattet, Grabstätten in vollem Umfange oder über das Höchstmaß für liegende Grabplatten hinaus mit Marmor, Beton oder anderen Werkstoffen abzudecken.

(5) Nicht zu gestatten sind:

- a) Natursteinsockel aus anderem Werkstoff als dem, der zum Grabmal selbst verwandt wird,
- b) Kunststeinsockel unter Naturstein-Grabmalen,
- c) in Zement aufgetragener ornamentaler oder figurähnlicher Schmuck,
- d) ölfarbene Anstriche,
- e) Inschriften, die der Würde des Friedhofes nicht entsprechen,
- f) Fotografien auf Grabmalen.

(6) Der Antragsteller hat bei Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten sein Nutzungsrecht nachzuweisen, bei Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten die Grabanweisung vorzulegen.

(7) Den Anträgen auf Errichtung von Grabmalen sind beizufügen:

- a) im Maßstab 1 : 10 der Grabmalentwurf (zweifach) mit Seitenansicht und falls erforderlich mit Grundriss unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, der Anordnung der Schrift, der Ornamente und der Symbole sowie der Befestigung.
- b) In besonderen Fällen kann die Vorlage eines Modells im Maßstab 1 : 5 oder das Aufstellen einer Attrappe in natürlicher Größe auf der Grabstätte verlangt werden.

(8) Die Zustimmung der Friedhofsverwaltung erlischt, wenn das Grabmal nicht binnen eines Jahres nach der Erteilung der schriftlichen Zustimmung errichtet worden ist.

(9) Das Grabmal darf bei Wahlgrab- und Urnenwahlgrabstätten die Grabbeetbreite (§ 24 Abs. 1) nicht überschreiten. Bei Reihengrabstätten muss es mindestens 0,10 m kleiner sein als die Breite der Grabstätte.

(10) Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen baulichen Anlagen bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Absätze 1 bis 7 gelten entsprechend.

(11) Ungenehmigte Grabmale und sonstige bauliche Anlagen können auf Kosten des für die Unterhaltung des Grabmals Verantwortlichen durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden. § 25 Abs. 5, 6 und 7 finden entsprechende Anwendung.

§ 28

Beseitigung von Grabmalen

(1) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.

(2) Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts oder nach Zurücknahme (§ 20) oder Entziehung (§ 25) desselben sind die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen zu entfernen. Sind die Grabmale oder sonstigen baulichen Anlagen nicht innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts entfernt, kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Verantwortlichen abräumen. Im übrigen gilt § 25 Abs. 5, 6 und 7 entsprechend.

C. Grabbeete, Einfriedigungen und Einfassungen

§ 29

Anlegung von Grabbeeten

(1) Die Längsseiten der Grabesbegrenzungen dürfen in einer Breite von 15 cm nicht bepflanzt werden.

(2) Die Grabbeete dürfen nicht über 0,20 m hoch sein.

(3) In Friedhofsteilen, die im einzelnen in der Satzung über die Gestaltung von Gräbern und Grabzeichen bestimmt werden, sind die Grabbeete bodenbündig anzulegen.

(4) Die Errichtung von Grabeinfassungen und Einfriedigungen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

(5) Grabeinfassungen sind in Friedhofsteilen, in denen die Grabbeete bodenbündig anzulegen sind, nicht zulässig.

(6) Einfassungen aus Beton, Ziegelsteinen oder Kunststoffen sind nicht gestattet.

Kunststein und künstlerischer Sichtbeton kann ausnahmsweise zugelassen werden, wenn seine Struktur und Festigkeit dem Naturstein nicht nachsteht.

Der für die Grabstätte Verantwortliche kann die Bepflanzung des Grabes vornehmen oder damit einen zugelassenen Friedhofsgärtner beauftragen.

(7) Das Grabbeet muss bei Reihengrabstätten/Urnenreihengrabstätten spätestens 6 Monate nach der Belegung, bei Wahlgrabstätten/Urnenwahlgrabstätten spätestens 6 Monate nach dem Erwerb des Nutzungsrechts hergerichtet sein.

(8) Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Grabbeeten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulagern.

(9) Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts oder nach Entziehung desselben sind die Grabbeete und evtl. Einfassungen abzuräumen. § 25 Abs. 5, 6 und 7 findet entsprechende Anwendung.

VI. Gemeinsame Vorschriften

§ 30

Räumung von Grabblöcken und Grabfeldern

(1) Die beabsichtigte Räumung von Grabblöcken und Grabfeldern wird 6 Monate vorher im Mitteilungsblatt der Gemeinde Eitorf ortsüblich bekannt gemacht. Auch bei einer teilweisen Räumung eines Grabblocks ist die Bekanntmachungsfrist einzuhalten.

Außerdem wird ein Hinweisschild auf dem zur Räumung vorgesehenen Grabblock aufgestellt.

(2) Eine Verlängerung der Ruhefrist der in Reihengrabstätten Beigesetzten wird grundsätzlich nicht gewährt. In Ausnahmefällen ist es jedoch möglich, die Räumungsfrist um höchstens 1 Jahr zu verlängern, wenn innerhalb dieser Frist die Umbettung in eine Wahlgrabstätte vorgenommen und die Neuanlage des Grabblocks nicht behindert wird.

(3) Nach Bekanntgabe des Abräumungszeitpunktes können die Verfügungsberechtigten die Grabzeichen und Einfassungen auf ihre Kosten entfernen lassen. Grabmalanlagen, die nach Ablauf der 6monatigen Räumfrist nicht von den Verfügungsberechtigten entfernt wurden, werden auf Kosten des Verfügungsberechtigten auf Anordnung der Friedhofsverwaltung beseitigt.

VII. Leichenhallen

§ 31

Benutzung der Leichenhallen

Die Leichenhallen dienen der Aufnahme der Leichen bis zur Beisetzung und stehen für Trauerfeiern zur Verfügung. Sie dürfen nur in Begleitung eines Angehörigen des Friedhofspersonals betreten werden. Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, dürfen die Angehörigen die Verstorbenen sehen.

Särge, die von auswärts überführt werden, bleiben verschlossen. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Gesundheitsamtes.

VIII. Schluss und Überleitungsvorschriften

§ 32**Gebühren**

Für die Benutzung der in § 1 bezeichneten Friedhöfe und ihrer Einrichtungen werden Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung erhoben

§ 33**Haftung**

Die Gemeinde Eitorf haftet nicht für Diebstähle.

§ 34**Überleitung der Nutzungsrechte an Wahlgräbern**

Die vor dem Inkrafttreten dieser Friedhofsordnung entstandenen Nutzungsrechte bleiben unberührt mit Ausnahme der Vorschriften der §§ 13, 17 bis 20 und 25 bis 29.

Die Ruhefristen der vor dem Inkrafttreten dieser Friedhofsordnung Beigesetzten bleiben ebenfalls unberührt. Die Nutzungsfristen an vorhandenen Wahlgrabstätten und Urnenwahlgrabstätten richten sich nach dem Recht, das z.Zt. der Verleihung der Nutzungsrechts galt.

§ 35**Inkrafttreten**

Diese Friedhofsordnung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofsordnung vom 08.01.1952 außer Kraft.